KB OG Wien
Rundschreiben 15

OG+MO
12.1.1977

Bericht über Lage und Entwicklung bei Wertheim und über die Arbeit der Zelle Schrack/Wertheim

1. Über die Entwicklung der Lohnauseinandersetzung

a.
Wertheim ist ein Betrieb der Wiener Metallindustrie, der zu 49 % dem Schweizer Schindler-Konzern und zu 51 % der CA-BV gehört. Er hat derzeit rund 1.3oo Beschäftigte, davon an die 1.ooo Arbeiter. Produziert werden in erster Linie Aufzüge, Rolltreppen, Kassenschränke und Stahbüromöbel.

Der Betriebsrat sowohl der Arbeiter als auch der Angestellten wird im wesentlichen von Einheitslisten gestellt, auf denen v.a. Mitglieder der Gruppe "Gewerkschaftliche Einheit" (die um Ernst Kodicek gesammelte aus der KPÖ ausgetretene bzw ausgeschlossene Gruppe von Gewerkschaftsfunktionären, die mit der Zeitschrift "Wiener Tagebuch" und der FÖJ in Verbindung steht) sowie auch Sozialdemokraten kandidierten. Darüberhinaus gibt es im Arbeiterbetriebsrat ein Miglied, das auf einer eigenen, SP-nahen Liste kandidiert hatte.

Die Wertheim-Belegschaft ist traditionell kampfstark und hat verschiedene innerbetriebliche Sonderregelungen über Kollektivvertrag bzw das allgemeine Arbeitsrecht hinaus durchsetzen können.

b.
Im letzten Dezember kam es bei Wertheim zu Protestaktionen in Zusammenhang mit den KV-Verhandlungen der Metall- und Bergarbeiter. Als bekannt wurde, daß die Gewerkschaftsführung von dem ursprünglich angegebenen Ziel von 1o % auf 7,5 % zurückgehen würde, fand am 16.Dezember 1975 ein Proteststreik für das Festhalten an den ursprünglichen 1o % und eine Anhebung des Mindestbetrags der Istlohnerhöhung auf 8oo,- statt.

Im Frühjahr 1976 kam es in Zusammenhang mit Unregelmäßigkeiten in der Lohnverrechnung und mit einem Plan der Firmenleitung, das Kindergeld nicht mehr wie bisher im vorhinein, sondern um einen Monat verzögert auszubezahlen, zu Kampfmaßnahmen. Als Ergebnis wurde der Leiter der Lohnverrechnung, Mareiner, der für die Betrügereien an den Arbeitern verantwortlich war, abgelöst und der Plan der Firmenleitung vom Tisch gefegt.

Mitte Juni1976 wurde nach einem Warnstreik und der Androhung eines unbefristeten Streiks eine Gleichstellung der Arbeiter mit den Angestellten bzüglich der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall erreicht. Schon seit langem hatten die Angestellten aufgrund einer innerbetrieblichen Regelung im Krankheitsfall Anspruch auf Entgeltfortzahlung für die Dauer eines Jahres. Die Forderung nach völliger Gleichstellung war in allen Abteilungen gründlich diskutiert worden. Die Arbeiter verfaßten selbst Plakate, die in den Abteilungen ausgehängt wurden. Die Forderung wurde von einer Betriebsversammlung festgelegt. Die Verhandlungen wurden fortlaufend zwischen Betreibsrat und den von den einzelnen Abteilungen gewählten Vertrauensleuten beraten. Kompromißangebote, die auf einen Verzicht auf die Forderung hinausgelaufen wären, konnten zurückgewiesen werden. Als das Ultimatum, das die Arbeiter schließlich gestellt hatten, auslief, gab die Firmenleitung nach.

c.
Die Frage einer innerbetrieblichen Lohnerhöhung steht bei Wertheim schon seit langer Zeit auf der Tagesordnung. Eine solche Innerbetriebliche und eine einmalige Jahresprämie waren in den letzten Jahren praktisch jährlich ausbezahlt worden. 1975 war beides ausgefallen. Im Jahr 1975 waren 150 Arbeiter und Angestellte mit Hinweis auf die schlechte wirtschaftliche Lage abgebaut worden. Ihnen war nehegelegt worden, selbst zu kündigen und sie erhielten Abfertigungen. Die Auszahlung dieser Abfertigungen diente der Firmenleitung als Begründung, warum eine Jahresprämie entfallen müßte.

Der Unmut über den niedrigen KV-Abschluß und die Tatsache, daß im Jahr zuvor keine innerbetriebliche Lohnerhöhung erfolgt war führten dazu, daß schon zu Jahresbeginn 1976 die Forderung nach einer allgemeinen innerbetrieblichen Lohnerhöhung ins Gespräch kam.

In der ersten Jahreshälfte wurde diese Frage allerdings von den Fragen der Unregelmäßigkeiten in der Lohnverrechnung und der Entgeltfortzahlung überlagert. Als auf einer Vertrauensleutesitzung im Juni die Forderung nach einer generellen Erhöhung des Stundenlohns um 10,- aufgeworfen wurde, wurde die Behandlung dieser Frage wegen der gerade einsetzenden Urlaubszeit auf September verschoben.

Von Anfang an bewegten sich die Vorstellungen über das Ausmaß einer Lohnerhöhung in einem breiten Rahmen von 500,- bis 2.000,- monatlich. Anfang September kam es aufgrund von Gesprächen zwischen Arbeiter- und Angestelltenbetriebsrat zu einer Einigung über ein gemeinsames Vorgehen. Am 6.September 1976 wurde auf einer Vertrauensleutesitzung beschlossen, Lohnverhandlungen aufzunehmen.

Neben einer allgemeinen Lohnerhöhung standen auch eine ganze Reihe von Detaillohnproblemen zur Debatte: die Anhebung der Frauenlöhne, der Niedrigstlöhne und -gehälter sowie der Facharbeiterwerklöhne (die Regielöhne für Facharbeiter), die bis zu 20,- pro Stunde unter den Facharbeiterakkordlöhnen liegen. Die Firmenleitung erklärte, alle diese Fragen sollten gleichzeitig mit der Frage einer allgemeinen Innerbetrieblichen geklärt werden und gleichzeitig in Kraft treten.

In diese Zeit fallen die Verhandlungen über eine Jahresprämie und deren Abschluß für alle Arbeiter und Angestellten, die über ein Jahr bei Wertheim beschäftigt sind. Der Betriebsrat war ohne eigene Forderung in diese Verhandlungen gegangen. Die Firmenleitung bot zunächst 900,- ; dann 1.150,- ; als sie schließlich ihr Angebot auf 1.300,- erhöhte, stimmte der Betriebsrat am 11.Oktober zu.

Am gleichen Tag fand eine Betriebsversammlung statt, die beschloß, den Vertrauensleutekörper in ein Aktionskomitee für die Lohnerhöhung umzuwandeln. Das Aktionskomitee wurde ermächtigt, Beiträge für eine innerbetriebliche Streikkasse in Gestalt eines "Solidaritätsfonds" festzusetzen. Schließlich wurde der Beschluß gefaßt, die Lohnverhandlungen müßten bis zum Jahresende 1976 abgeschlossen sein.

Offensichtlich hatte sich die Firmenleitung vom Abschluß der Jahresprämie eine Dämpfung der Lohnbewegung erhofft. Der tatsächliche Abschluß allerdings rief Unzufriedenheit vieler Arbeiter und Angestellten hervor, die meinten, durch eine andere Taktik hätte ein höheres Ergebnis erzielt werden können. Die Beschlüsse der Betriebsversammlung vom gleichen Tag, an dem der Abschluß der Jahresprämie erfolgte, beweisen, daß das Ziel der Firmenleitung in keiner Weise erreicht wurde.

Einmal mehr wurde die Aufnahme von Lohnverhandlungen, diesmal für den 1. November 1976, angekündigt. In dieser Situation preschte der Angestelltenbetriebsrat vor und stellte in seiner Zeitung die Lage so dar, als stünde allgemein die Forderung von 500,- monatlich oder 5 % bei einem Monatslohn von mehr als 10.000,- .

Die Firmenleitung hielt weiterhin an ihrer eingeschlagenen Verschleppungstaktik fest. Schon zu diesem Zeitpunkt wirkte sich das Fehlen einer allgemein anerkannten, ausreichenden, eindeutig festgelegten Forderung negativ aus, die im Bereich von 1.000,- monatlich hätte liegen müssen, eine Forderung, für die ein beträchtlicher Teil der Belegschaft und auch der Vertrauensleute eintrat.

Erfolgte eine solche Festlegung zwar nicht durch die Belegschaft, so erfolgte doch eine andere durch den Betriebsrat: in einem gemeinsamen Schreiben des Arbeiter- und Angestelltenbetriebsrates an die Firmenleitund, das auch im Betrieb ausgehängt wurde, verlangte dieser eine Erhöhung von 500,- bzw 5 % .

Nun sah die Firmenleitung den Zeitpunkt gekommen, die Initiative zu ergreifen. Am 1.Dezember 1976 erklärte sie kategorisch, keinerlei weitere Verhandlungen über eine Lohnerhöhung führen zu wollen. Hinter dieser Provokation steht sicherlich auch der Druck des Schindler-Konzerns, endlich einen Umschwung in den Verhältnissen bei Wertheim-Wien herbeizuführen.

d.
Noch am selben Tag wurde eine Betriebsversammlung abgehalten. Das Ziel der Firmenleitung, nicht nur das Geld für eine Lohnerhöhung einzusparen, sondern der Belegschaft das Kreuz zu brechen, wurde klar erkannt. Es wurde beschlossen, ab sofort keine Überstunden mehr zu leisten und nicht mehr zu stempeln. Ein Punktstreik v.a. im Warenein- und -ausgang wurde eingeleitet.

Auf der Betriebsversammlung wurde auch der Vorschlag gemacht, eine Lohnforderung durch Beschluß festzusetzen und eine Unterstützung des Kampfes durch die Gewerkschaft anzustreben. Beides wurde jedoch vom Betriebsratsobmann vom Tisch gewischt und gar nicht erst zur Abstimmung gestellt.

Die Firmenleitung wurde von den Kampfmaßnahmen, insbesondere vom Punktstreik, schwer getroffen. Zwar setzte sie noch gegenüber dem Betriebsrat die Abfertigung einer wichtigen Terminlieferung ohne Lieferschein durch, im übrigen jedoch waren Warenein- und -ausgang blockiert. Die Firmenleitung drohte mit der Entlassung der Streikenden. Die Drohungen wurden gebündelt zurückgegeben. Daraufhin schritt die Firmenleitung zur zweiten Provokation: den 37 Streikenden wurde die Entlassung ausgesprochen.

Am darauffolgenden Montag antworteten eine Reihe von Produktionsabteilungen , darunter so bedeutende wie der Rolltreppenbau, indem sie von sich aus in den Streik traten, um eine Rücknahme der Entlassungen zu erzwingen. Der Betriebsrat nahm Kontekt zur Gewerkschaftsführung auf, um deren Unterstützung für den Kampf gegen die Entlassungen und weiters deren Vermittlung für die Aufnahme von Lohnverhandlungen z erreichen. In einem Brief an den Aufsichtsrat von Wertheim beschwerte sich der Betriebsrat über die Vorgangsweise der Firmenleitung und verlangte die Einberufung einer Aufsichtsratssitzung.

Obwohl der Betriebsrat bemüht war, nichts über die Auseinandersetzung nach außen dringen zu lassen, trafen Solidaritätsadressen und Geldspenden für die Streikkasse von verschiedenen Seiten ein, von denen Goerz, Pfleiderer, Express, Schenker, Gebauer und Griller, Freissler, Sowitsch, der

Betriebsrat des Schwangerschaftsberatungsdienstes, die GPA-Fachgruppe der Angestellten bei Zivilingenieuren, die ÖH/Universität Wien, Philosophische Fakultät und Technische Universität Wien, Fachrichtung Architektur, das Nahostkomitee Wien und das KSA Wien bekannt sind.

Die Gewerkschaftsführung lehnt innerbetriebliche Lohnkämpfe insbesondere rund um Kollektivvertragsverhandlungen ab. Sagmeister nannte im Zusammenhang mit dem Böhler-Streik vor 3 Jahren in der "Solidarität" ein solches Verhalten von Arbeitern "unsolidarisch", die Kampfkarft der ganzen Branche müsse geschlossen hinter den Verhandlungen stehen und dürfe nicht in Einzelaktionen verzettelt werden. Der ÖGB Spitze geht es darum, ein ruhiges Klima rund um die KV-Verhandlungen zu bewahren, um zu vermeiden, unter den Druck der Mitgliedermassen zu geraten.

Im Kampf gegen die Entlassungen bei Wertheim
allerdings mußte dieses Bemühen der Gewerkschaftsführung um ein ruhiges Klima und darum, jeden Konflikt aus der Welt zu schaffen, zu einer indirekten Reserve der Wertheim-Belegschaft werden. Auch die ÖGB-Führung übte Druck auf die Firmenleitung aus, die Entlassungen zurückzunehmen. Sie bemühte sich weiters darum, die Firmenleitung zu bewegen, Lohnverhandlungen zumindest formell zuzusichern.

Eine ähnliche Haltung nahm der CA-Generaldirektor und Wertheim-Aufsichtsratsvorsitzende Treichl ein. Als Sprecher des Finanzkapitals und Generaldirektor der größten Bank in Osterreich konnte er den Blick nicht nur auf den einen Betrieb beschränken - wie das etwa der Leitung des Schindler-Konzerns naheliegt - sondern mußte ebenfalls ein Interesse an der Eindämmung des Konflikts haben.

In dieser Situation konnten die Arbeiter und Angestellten von Wertheim durch ihre feste Haltung die Rücknahme aller Entlassungen erzwingen. Die ursprünglich zur Erzwingung von Lohnverhandlungen ergriffenen Kampfmaßnahmen - Punktstreik, Uberstundenstreik, nicht stempeln - gingen auch danach weiter.

In der Aufsichtsratssitzung vom 14.Dezember 1976 schließlich mußte die Firmenleitung - auf einen Vermittlungsvorschlag Treichls hin- die Aufnahme von Lohnverhandlungen zusagen. Allerdings wurde hier lediglich die Zusage getroffen, daß "ein Ergebnis erzielt werden würde" und außerdem wurde festgelegt, daß eine Lohnerhöhung erst nach der Freigabe der KV-Verhandlungen durch die paritätische Kommission in Kraft treten würde.

Auf der Betriebsversammlung, die am nächsten Tag, dem 15.Dezember 1976 stattfand, wurde aufgrund der Verhandlungszusage der Firmenleitung die Beendigung aller Kampfmaßnahmen beschlossen. Die Ausgangsbedingungen für die Verhandlungen waren günstig. Der Eindruck der Niederlagen, die die Firmenleitung mit ihren Provokationen erlitten hatte, konnte nutzbar gemacht werden. Jedoch wurden keinerlei Festlegungen für die Verhandlungsführung durch die Betriebsversammlung getroffen.

e.

Bei der Verhandlungszusage der Firmenleitung ist zweierlei zu berücksichtigen: erstens, daß nicht allein die Frage einer allgemeinen Innerbetrieblichen, sondern auch eine ganze Reihe von Detaillohnfragen auf der Tagesordnung standen, wenn auch während der Kampfmaßnahmen praktisch nur die Frage der allgemeinen Erhöhung unter der Belegschaft im Gespräch war; aus diesem Grund konnte die Zusage, "ein Ergebnis würde erzielt werden" alles mögliche bedeuten, nur nicht das ein Ergebnis über eine allgemeine Innerbetriebliche herauskommen müßte; und zweitens muß man berücksichti-

gen, daß die Bindung des Inkrafttretens einer Lohnerhöhung an die Freigabe der KV-Verhandlungen die Absicht unterstreicht, ein ruhiges Klima für diese Verhandlungen zu wahren und z.B. Protestmaßnahmen, wie es sie bei Wertheim im Vorjahr gab, zu vermeiden. Folgende Überlegung liegt nahe: bis zur KV-Freigabe der damit vermutlich einhergehenden Bekanntgabe der Gewerkschaftsforderung können Verhandlungen laufen oder kann ein Ergebnis bereits angekündigt sein, wa Ruhe im Betrieb erwarten läßt. Zum Zeitpunkt der Freigabe selbst tritt eine mögliche Erhöhung in Kraft, was einen dämpfenden Einfluß ausüben sollte. Solche oder ähnliche Überlegungen müssen der ÖGB-Führung, dem CA-General Treichl und auch der Firmenleitung von Wertheim naheliegen.

In weiterer Folge verlegte sich die Firmenleitung neuerlich auf ihre Hinhaltetaktik. Eine Woche verging, bis überhaupt erste Gespräche zustandekamen. Der Tod des Konzerndirektors Schindler diente der Firmenleitung als weiterer Anlaß zur Verschleppung. Der seither eingetretene Tempoverlust stärkt die Positionen der Firmenleitung. Mittlerweile deutet vieles daraufhin, daß die Firmenleitung einen immer härteren Kurs in den Verhandlungen einschlägt, weil die Wortführer des Betriebsrats in vollem Umfang auf ihre Verschleppungstaktik eingegangen sind und erkennen lassen, daß sie zum Nachgeben bereit sind. Es scheint, daß die Firmenleitung darauf Kurs nimmt, eine allgemeine Innerbetriebliche weiterhin zu umgehen und stattdessen eine gewisse Regelung verschiedener Detaillohnprobleme, eine einmalige Prämie für Februar und eine Aufstockung des bisher nur zu einem Teil bezahlten 15.Monatsgehalts bzw -lohns für 1978 anbietet. Ein derartiges Ergebnis, das die Frage einer allgemeinen Innerbetrieblichen und die ursprünglich vom Betriebsrat aufgestellte Forderung völlig vom Tisch wischen würde, um die es aber letzten Endes die ganze Zeit über ging, wäre zweifellos äußerst ungünstig.

f.
Betrachtet man den Verlauf der Auseinandersetzungen um eine Innerbetriebliche bei Wertheim als Ganzes, so kann man im eigentlichen Zeitraum dieser Auseinandersetzungen - seit Urlaubsende - drei große Abschnitte unterscheiden, die durch unterschiedliche Bedingungen und unterschiedliche Ziele gekennzeichnet sind: der erste Abschnitt von Ende September bis zum 1.Dezember 1976, der zweite Abschnitt vom 1. bis zum 15. Dezember, und der dritte Abschnitt seit dem 15.Dezember 1976.

2. Über die Taktik in den Hauptabschnitten der Auseinandersetzung

a.
Für den ersten Abschnitt gilt ganz allgemein:
Objektive Bedingungen: gunstig durch hohen Auftragsstand, die Firmenleitung versucht hinzuhalten
Subjektive Bedingungen: Allgemeines Eintreten für eine Innerbetriebliche, Einigung zwischen Arbeitern und Angestellten, Vorbereitungen auf Kampfmaßnahmen werden getroffen, jedoch noch keine Einheit über Art und Höhe einer Forderung.
Ziele: Eine Forderung im Bereich von 1000,- für alle gleich in der Belegschaft verankern und die Verschleppungstaktik der Firmenleitung durchbrechen.

Nachdem lange Zeit hindurch die Frage der Innerbetrieblichen durch andere Fragen überlagert worden war, mußte nach der Urlaubszeit alle Aufmerksamkeit dieser Frage zugewendet werden. Die Verschlechterung der Lebenshal-

tung, die infolge des Ausfallens jeglicher Loherhöhung im Jahr 1975 eingetreten war und der der KV-Abschluß vom Jänner 1976 nicht entgegentrat, war bereits deutlich spürbar.

Gleichzeitig war die Ausbeutung im Betrieb gestiegen. Der Umsatz von Wertheim pro Beschäftigtem stieg in folgendem Ausmaß:

1971 .... 213.000,-
1972 .... 254.000,-
1973 .... 263.000,-
1974 .... 365.000,-
1975 .... 431.000,- .

Das heißt, von 1971 auf 1975 war eine Steigerung von mehr als 100 % zu verzeichnen, von 1973 auf 1975 waren es rund 64 % .

In diesen letzten drei Jahren machten die Lohnkosten folgende Prozentsätze des Umsatzes aus:

1973 .... 59,8 %
1974 .... 50,9 %
1975 .... 46,3 % .

Im Jahr 1976 war die Auftragslage des Betriebs günstig. Sowohl im Aufzugbau als auch im Rolltreppenbau als auch im Kassenbau lag der Auftragseingang über dem Vorjahr. Nachdem im Jahr 1975 150 abgebaut worden waren, blieb der Personalstand praktisch unverändert. Die anfallende Arbeit konnte nur durch massive Überstundenschinderei bewältigt werden. Im Jänner 1976 wurden rund 10.000 Überstunden geleistet, im September waren es bereits rund 27.000 oder im Schnitt rund 21 Überstunden pro Beschäftigtem im Monat.

Die damit für Kampfmaßnahmen vorliegenden objektiven Bedingungen waren günsitg. Größere Produktionsausfälle sind praktisch nicht aufzuholen.

Die hier angeführten Tatsachen wurden auch vom Betriebsrat bekanntgemacht, allerdings in anderem Zusammenhang. Der Angestelltenbetriebsrat verwendete u.a. die oben angeführten Zahlen, um die Berechtigung einer Lohnforderung zu belegen. So hieß es am Ende eines Referats, das auf einer Betriebsversammlung gehalten wurde: "Der Betriebsrat stellt dazu fest, daß wir nach wie vor die Forderung der Belegschaft anerkennen und diese mit voller Kraft und Überzeugung vertreten werden, denn wir verlangen nichts anderes, als unseren gerechten Anteil an dem, was durch unser aller Leistung erarbeitet wird. Und genauso wie wir das ganze Jahr hindurch gemeinsam für die Firma arbeiten, werden wir es auch heuer wieder verstehen, uns in gemeinsamer Anstrengung unseren Teil von diesen von uns erarbeiteten Werten sicherzustellen."

Diese reformistische Haltung, die die Geschäftsentwicklung nicht als Anhaltspunkt für die steigende Ausbeutung und als Orientierungspunkt zur Einschätzung der Kampfbedingungen betrachtet, sondern aus ihr die Berechtigung oder Nichtberechtigung einer Lohnforderung ableitet, hatte zwar zunächst keinen unmittelbaren Einfluß auf die Haltung des Betriebsrates zur Frage einer Lohnforderung im Allgmeinen; es ist jedoch klar, daß aus dieser Position die Ablehnung einer Lohnforderung unter ungünstigeren Bedingungen folgen muß und daß sie den ersten Schritt darstellt, um von einer einheitlichen Lohnforderung für alle abzugehen und über die Aufteilung des Stücks vom Kuchen zu verhandeln, das die Belegschaft zu bekommen hat, wie das derzeit geschieht.

Die Aufgabe der Zelle Schrack/Wertheim wäre es gewesen, sich mit dieser reformistischen Haltung, die die Ausbeutung leugnet, auseinanderzusetzen und selbst die Tatsachen ins Rechte Licht zu rücken. Das Erstere fand überhaupt nicht statt, das letztere nicht in genügendem Maß und erst zu einem sehr späten Zeitpunkt, im November.

Während des ganzen ersten Abschnitts der Lohnauseinandersetzung war es von großer Bedeutung, ob eine einheitliche Forderung festgelegt werden würde oder nicht. Die sogenannte Gruppe der "Radikalen" im Betrieb heilt eine Forderung von 2.000,- monatlich für richtig, andere eine Forderung von 500,- , die vermutlich größte einzelne Gruppe 1.000,- . Ohne Zweifel war der Betrag von 2.000,- zu hoch gegriffen. Er wäre nicht durchsetzbar gewesen, und auch in der Belegschaft hätte keine Einheit darüber hergestellt werden können. Der Betrag von 500,- lag zu niedrig. Der bei einer solchen Bruttolohnerhöhung verbleibende Rest von Netto im Schnitt 300,- hätte kaum das Risiko und den Verdienstausfall von Kampfmaßnahmen gelohnt. Es war daher richtig, eine einheitliche Forderung von 1.000,- für alle gleich vorzuschlagen. Falsch war es jedoch, wenn die Zelle zunächst diesen Vorschlag nicht ausführlich begründete und wenn sie gleich zu Anfang diesen Betrag als Forderung hinstellte, anstatt ihn ausdrücklich und unmißverständlich als Vorschlag darzustellen, für dessen Richtigkeit eine Reihe von Dingen spricht.

Dieser Fehler, den die Zelle am 11.Oktober 1976 machte, wurde erst in einem Flugblatt vom 3.November im Wesentlichen korrigiert.

Mehrere Betriebsversammlungen und eine Reihe von Vertrauensleutesitzungen wurden während des ersten Abschnitts der Lohnauseinandersetzungen abgehalten, ohne daß eine feste Forderung beschlossen worden wäre. Die Absicht des Betriebsrates mit der Forderung 500,- bzw 5 % in die Verhandlungen zu gehen, zeichnete sich jedoch immer deutlicher ab. Zu Recht wurde diese Absicht auch von der Zelle kritisiert.

Eine gewisse Rolle spielte auch der Abschluß der Jahresprämie. Völlig falsch war es, diesen Abschluß als Erfolg der Belegschaft zu sehen. Der Firmenleitung war vom Betriebsrat faktisch völlig die Initiative überlassen worden, und sie Verband mit der Gewährung der Jahresprämie ganz offensichtlich die Hoffnung auf eine Dämpfung der Lohnbewegung. Diese Absicht blieb allerdings ohne Erfolg. Es war ganz richtig, daß dieser Abschluß von der Zelle kritisiert wurde und daß sie den Blick abermals auf die Lohnfrage lenkte. Es war richtig, daß sie diese Frage nutzte zur Unterstreichung der Notwendigkeit, eine eindeutige Forderung festzulegen. Der Beitrag der Zelle zum Zentralorgan, der in der Nr 5/76 veröffentlicht wurde und in dem dies geschehen sollte, wurde jedoch von der Redaktion in einer Form "gekürzt", daß die notwendige und berechtigte Kritik kurzerhand entfernt wurde, sodaß schließlich auch jeder vernünftige Zusammenhang zur Frage der Innerbetrieblichen verlorengging, außer man betrachtete die Sache als ersten "Erfolg" und man sollte auf diesem Weg des "Erfolgs" weiter fortschreiten. Daß eine derartige "Kürzung" ohne Rücksprache mit der Zelle bzw der Ortsleitung erfolgte, brachte die Zelle in eine schwierige Lage: ein als Beitrag der Zelle gekennzeichneter Artikel, der der tatsächlichen Lage und dem Auftreten der Zelle widersprach, erschien im Zentralorgan. Durch den Abdruck des ursprünglichen Artikels in einem Flugblatt der Zelle wurde versucht, das zu korrigieren, notwändig wäre allerdings auch eine Korrektur im Zentralorgan selbst gewesen.

Weil bis zuletzt keine Festlegung einer Forderung erfolgte, konnte auch die Frage möglicher Kampfmaßnahmen während des ersten Abschnitts der Lohnauseinandersetzung keine Rolle spielen. Für die 500,- bzw. 5 %, die

zuletzt vom Betriebsrat aufgestellt wurden, wäre es äußerst schwierig gewesen, einen Kampf zu führen und durchzustehen. Der Kampf selbst brach dann auch an einer anderen Frage aus.

b.
Mit dem Schritt der Firmenleitung, jedes weitere Gespräch über eine Lohnerhöhung abzulehnen, änderte sich die Situation für die Belegschaft grundlegend. Allgemein Situation im zweiten Abschnitt der Lohnauseinandersetzung war im wesentlichen durch folgendes gekennzeichnet:

Objektive Bedingungen: Nach wie vor günstig
Taktik der Firmenleitung: Provokationen gegen die Belegschaft und harter Kurs, um einen Umschwung in den Kräfteverhältnissen herbeizuführen
Subjektive Bednigungen: Allgemeine Entschlossenheit, die Provokationen nicht hinzunehmen; organisatorische Vorbereitungen für einen Kampf sind bereits getroffen; eine von der Belegschaft aufgestellte Lohnforderung steht nicht, wohl aber hat sich der Betriebsrat auf 500,- bzw 5 % festgelegt.
Ziel: Die Provokationen der Firmenleitung zurückweisen, womöglich, indem die Belegschaft zum Kampf um die Durchsetzung der vom Betrieberat aufgestellten Forderung gewonnen wird.

Einmal die Absichten der Firmenleitung erkannt, waren Kampfmaßnahmen unumgänglich. Der Versuch, die Arbeiter und Angestellten kalt abblitzen zu lassen, nachdem sie die längste Zeit von einen Monat auf den nächsten vertröstet worden waren, mußte zurückgewiesen werden.

Die erste Frage war, das Ziel der Kampfmaßnahmen festzulegen. Die Auseinandersetzung hatte sich aus den Verhandlungen um eine innerbetriebliche entwickelt. Der Betriebsrat hatte sich auf eine bestimmte Lohnforderung gegenüber der Firmenleitung festgelegt, 500,- bzw 5 % - eine Forderung, die für sich genommen kaum Gegenstand von Kampfmaßnahmen hätte werden können. Aber die Provokation der Firmenleitung veränderte die Lage. Es mußte sofort gehandelt werden, und es war nicht mehr die Zeit, um über die Forderungshöhe zu debattieren. Der Betriebsrat als Sprecher der Belegschaft hatte sich auf einen bestimmten Betrag festgelegt. EinTeil der Belegschaft hatte ursprünglich ein höheres Ziel angestrebt, aber zu diesem Zeitpunkt stand fest, daß auch dieser Teil gegen die Firmenleitung die 500,- bzw 5 % verteidigen würde. Für diese Forderung konnte ein einheitliches Auftreten der gesamten Belegschaft gesichert werden.

Richtig war es deshalb, daß die Zelle angesichts der veränderten Situation von den ursprünglich propagierten 1.000,- abging und für die Durchsetzung der 500,- bzw 5 % eintrat.

Die beste Form der Zurückweisung der Provokation der Firmenleitung wäre es gewesen, für die Durchsetzung dieser Forderung in den Kampf zu treten und diese Forderung auf einer Betriebsversammlung festzusetzen. Ein solcher Vorschlag wurde zwar auf der Betriebsversammlung vom 1. Dezember unterbreitet, konnte sich jedoch nicht durchsetzen.

Die Vorstellungen des Betriebsrates waren andere. Seine Wortführer wollten sich keinesfalls für weitere Verhandlungen die Hände binden, es wurde lediglich eine Wiederaufnahme von Verhandlungen angestrebt. Auch dieses Ziel, Verhandlungen zu erzwingen, richtete sich eindeutig gegen die Provokation der Firmenleitung. Gerade weil diese Provokation die entscheidende Rolle für das Ausbrechen des Kampfes gespielt hatte, mußte auch dieses Ziel unterstützt werden. Um eine Innerbetriebliche überhaupt durchsetzen zu können, stellte sich als erstes die Aufgabe, die starre Haltung der Firmenleitung zu durchbrechen. Im Zuge dieses Kampfes konnte die Forderung, von der er seinen Ausgang genommen hatte, ohne weiteres noch zum

direkten Gegenstand des Kampfes werden. Darauf hinzuwirken war Aufgabe der Zelle, und die Flugblätter der Zelle in diesem Abschnitt der Auseinandersetzung erfüllten auch diesen Zweck.

Es mußten geeignete Mittel gefunden werden, um der Provokation der Firmenleitung entgegenzutreten. Kampfmaßnahmen mußten so gesetzt werden, daß sie eine möglichst geringe allgemein und auch ohne Unterstützung durch die Gewerkschaft tragbare Belastung für die Belegschaft mit einem möglichst großen Druck auf die Firmenleitung verbanden. In der angespannten Situation, in der die vorhandenen Aufträge nur durch allgemeine Überstundenschinderei in großem Maßstab erfüllt werden können, war die Einstellung jeder Überstundenarbeit ein ausgezeichnetes Mittel. Ein weiteres sehr wirksames Mittel war es, den Produktionsgang auf längere Sicht gegehen zu behindern und die Auslieferung unmittelbar zu blockieren, wozu der Punktstreik diente. Ein kleiner Teil der Belegschaft, dessen Lohneinbußen ohne weiteres aus den Mitteln der betrieblichen Streikksase gedeckt werden konnte, wurde dazu eingesetzt. Vor der damit verbundenen Gefahr der Abmeldung von der Sozialversicherung wurden die Streikenden geschützt, indem sie eine Stunde täglich, die stets wechselnd vom Aktionskomitee festgelegt wurde, um zu verhindern, daß sich die Firmenleitung darauf einstellte, arbeiteten und so weiter im Betrieb beschäftigt blieben. So hatte die Firmenleitung gegenüber den Streikenden nur noch das Druckmittel der Entlassung zur Verfügung. Der Einsatz des Punktstreiks erfolgte überlegt und war der konkreten Lage angemessen.

Zu einem Zeitpunkt, zu dem die entscheidende Frage an der wirtschaftlichen Front des Klassenkampfs ist, den ständigen Versuchen zur Senkung des Preises der Arbeitskraft unter ihren Wert entgegenzutreten, die Gewerkschaftsführung aber eine geradezu entgegengesetzte Politik betreibt, gewinnt jede betriebliche Lohnauseinandersetzung große Bedeutung für die gesamte Arbeiterklasse und für alle Lohnabhängigen. Zusätzlich gesteigert wird diese Bedeutung noch, wenn eine Lohnauseinandersetzung wie in diesem Fall in die Zeit der Vorbereitung von KV-Verhandlugen fällt.

In dieser Situation traten in der Lohnauseinandersetzung bei Wertheim zwei einander entgegengesetzte Linien ans Tageslicht. Auf der einen Seite die reformistische Linie, jeden Konflikt mit der Gewerkschaftsführung und ihrer Klassenversöhnlerischen Politik, die auf eine Sanktionierung der Senkung des Preises der Arbeitskraft unter ihren Wert abzielt, zu vermeiden und die Betriebsborniertheit zum A und O zu erheben. Auf der anderen Seite die klassenkämpferische Linie, die den Kampf der einen Belegschaft als Teil des Kampfes der gesamten Klasse und aller Lohnabhängigen gegen die Senkung des Preises der Arbeitskraft unter ihren Wert betrachtet und die günstigen objektiven und subjektiven Bedingungen im eigenen Betrieb auch nützt als Anstoß zur Veränderung der Kräfteverhältnisse in der Gewerkschaft.

Die beiden Linien nehmen auch praktisch sehr verschiedene Gestalt an. Die reformistische Linie, wie sie der Betriebsrat von Wertheim bzw seine Wortführer einschlagen führte dazu, der Gewerkschaftsführung in dem Wunsch entgegenzukommen, möglichst rasch wieder die Ruhe herzustellen; den Kampf nicht konsequent zur Durchsetzung einer bestimmten Lohnerhöhung zu führen, sondern sich mit einer Zusage der Verhandlungsbereitschaft in allgemeinster Form zufriedenzugeben; sie führte weiters dazu, ängstlich jedes Bekanntwerden der Auseinandersetzung über den Betrieb hinaus zu vermeiden; sie führte schließlich dazu, jeden Versuch, eine Unterstützung des Kampfs durch die Gewerkschaftsführung zu erreichen, von vornherein mit den fadenscheinigsten Argumenten und mit offenen Lügen abzublocken.

Eine klassenkämpferische Linie mußte dagegn gerade darin bestehen, wegen der großen Bedeutung der Durchsetzung einer innerbetrieblichen Lohnforderung als Ansporn für die gesamte Klasse alle verfugbaren Mittel zu deren Durchsetzung zu nutzen; insbesondere die Empörung der Belegschaft über die Provokation der Firmenleitung zu verbinden mit dem Wunsch nach einer Innerbetrieblichen und sie zur weiteren Entfaltung der Bewegung und dazu, von der Empörung über die Provokation als Ausgangspunkt zur Durchsetzung der Lohnerhöhung fortzuschreiten, zu nutzen; sie mußte darin bestehen, die Auseinandersetzung so weit wie möglich bekannt zu machen; sie mußte schließlich darin bestehen, auf die Gewerkschaftsführung Druck auszuüben, den Kampf politisch und materiell zu unterstützen.

Die Kernfrage für die Durchsetzung einer solchen klassenkämpferischen Politik ist: gelingt es, die Tatsache in der Belegschaft verständlich zu machen, daß der eigene Kampf Bestandteil des Kampfs der Klasse ist.

Betrachtet man die Flugblätter der Zelle in diesem Licht, so muß man feststellen, daß dieser Gedanke dort nirgends auftaucht. Weder findet man ihn während des ersten Abschnitts der Auseinandersetzung noch währedn des Streiks selbst. Wohl betonte die Zelle immer wieder, die Gewerkschaft müsse den Kampf unterstützen. Aus welchem Grund aber, außer um das Streikgeld zu kriegen, das wird nicht gesagt.

Erstmals klar und korrekt ausgesprochen wird dieser Gedanke in der Solidaritätsadresse des ZK, wenn es heißt: "Gelingt es Euch, den Kampf bis zur vollen Erfüllung der Forderungen durchzuhalten, ist es nicht nur für die Erhaltung und weitere Festigung Eurer Kampfkraft von entscheidender Bedeutung, sondern auch ein Ansporn für die gesamte Arbeiterklasse, den Kampf gegen die ständige Steigerung der Ausbeutung und den Lohnraub aufzunehmen und entschieden zu führen. Wir sind der Meinung, daß die Gewerkschaft Euren Kampf sowohl politisch als auch materiell unterstützen muß im Interesse aller Metall- und Bergarbeiter."

Diese Solidaritätsadresse des ZK blieb allerdings den Arbeitern und Angestellten von Wertheim verborgen, da ein Zellenflugblatt, auf dem sie enthalten war, eingezogen werden mußte, die geänderte Version wegen Verschlafen und Glatteis nicht verteilt wurde und danach der Streik bereits zu Ende war.

Nach der Aufnahme des Punktstreiks entwickelte sich die Situation bei Wertheim rasch. Die Werksleitung antwortete mit Entlassungen und die Belegschaft schlug mit dem Streik einiger Produktionsabteilungen zurück. Die entschlossene Haltung, alle Provokationen zurückzuweisen, war voll erfolgreich.

Nicht ist es allerdings gelungen, die Durchsetzung der Lohnforderung selbst zum Gegenstand des Kampfes zu machen. Dies ändert nichts an der Tatsache, daß das Ziel der Firmenleitung, eine Änderung der Kräfteverhältnisse bei Wertheim herbeizuführen, nicht erreicht wurde und die Kampfmaßnahmen deshalb mit einem eindeutigen Erfolg für die Belegschaft und einer Niederlage für die Firmenleitung endeten. Daß nicht mehr erreicht werden konnte, liegt in erster Linie an dem Vertrauen, das der reformistische Betriebsrat genießt. Man kommt jedoch nicht umhin zu sagen, daß die Zelle wenig getan hat, um dieses Vertrauen zu erschüttern.

c.
Der dritte Abschnitt der Lohnauseinandersetzung bei Wertheim ist vor allem durch folgendes gekennzeichnet:

Objektive Bedingungen: Unverändert, durch die Feiertage beeinträchtigt.
Taktik der Firmenleitung: den Eindruck der erlittenen Niederlage durch Verschleppung der Verhandlungen möglichst verwischen und dadurch eine allgemeine Lohnerhöhung umgehen.
Subjektive Bedingungen: In dieser Frage derzeit keine Kampfmaßnahmen möglich, Gefährdung der günstigen Ausgangsbedingungen der Verhandlungen durch die Haltung der Wortführer des Betriebsrates.
Ziel: einen raschen Abschluß möglichst nahe an den 500,- bzw 5 % herbeiführen.

Nachdem die Firmenleitung zum Nachgeben gezwungen worden war bestanden günstige Voraussetzungen, mit entsprechendem Druck in Verhandlungen nachzusetzen und durch einen raschen Abschluß ein günstiges Ergebnis möglichst nahe an den 500,- bzw 5 % zu erzielen. Nach wie vor war der Auftrag der Betriebsversammlung vom 11.Oktober 1976 aufrecht, die Verhandlungen bis Ende 1976 zum Abschluß zu bringen.

Die Firmenleitung verstand sehr gut, daß eine Verzögerung der Verhandlungen nur in ihrem Interesse liegen konnte. Sie setzte daher voll auf eine Verschleppung der Verhandlungen, und die Wortführer des Betriebsrats gingen darauf ein. Das erste Ziel mußte es deshalb sein, einen raschen Abschluß der Verhandlungen herbeizuführen zu versuchen und den Betriebsrat unter denDruck der Belegschaft zu setzen. Deshalb wurde - gestützt auf die Erfahrungen in der Frage der Entgeltfortzahlung der Vorschlag gemacht, den Gang der Verhandlungen laufend mit den Vertrauensleuten zu beraten, die ja selbst in den einzelnen Abteilungen arbeiten und die Stimmung in der Belegschaft zumindest bis zu einem gewissen Grad zum Ausdruck bringen würden.

Inzwischen hat sich die Situation weiter verschlechtert. Der Jahreswechsel ist ohne einen Abschluß derVerhandlungen vorübergegangen. Die Firmenleitung ist bemüht eine allgemeine innerbetriebliche Lohnerhöhung gänzlich zu umgehen und die Belegschaft mit einer ~~el~~ einmaligen Sonderzahlung und der Regelung einer Reihe von Detaillohnproblemen abzuspeisen. Die Wortführer des Betriebsrates werden vermutlich bereit sein, darauf einzugehen. Es ist jedoch auch wahrscheinlich, daß im Betriebsrat selbst Kollegen gegen einen solchen Rückzug auftreten werden.

Gegenwärtig ist es daher entscheidend für die Zelle wieterhin zu versuchen, den Druck der Belegschaft zur Geltung zu bringen, indem auf eine Beratung der Verhandlungsführung mit den Vertrauensleuten gedrängt wird. Gleichzeitig muß die Agitation für eine allgemeine Lohnerhöhung möglichst nahe an den ursprünglichen 500,-- S bzw 5 % fortgesetzt und mit einer Kritik an der Verhandlungsführung durch die Wortführer des BR verbunden werden, wobei besonders auf eine Differenzierung im BR selbst geachtet werden muß.

3. Über die Arbeit der Zelle

a.
Jede einzelne unserer Zellen steht vor der Aufgabe einen Beitrag zum Aufbau der Komm. Partei zu leisten. In einer Zeit, in der die Arbeiter und Volksmassen nach links gehen und in der die bürgerliche Ideologie von einer Krise in die andere gerät, sind die Bedingungen für die Erfüllung dieser Aufgabe günstig.

Mit einer Belegschaft, die bereit und imstande ist in selbständigen Kämpfen gegen die Kapitälisten ihre Interessen durchzusetzen, steht die Zelle Schrack/Wertheim bei Wertheim vor besonders günstigen Bedingungen. Das Vorherrschen einer "linken" reformistischen Strömung und reformistischen Ideologie allerdings ersch ert die Erfüllung dieser Aufgaben.

Um den Aufgabeneiner Zelle nachzzkommen, ist es vor allem nötig, sich auf die Massenzu stützen, die Massen anzleiten und jeden Subjektivismus zu meiden; Den wirtschaftlichen und den politischen Kampf zum einheitlichen Klassenkampf zu verbindenzu trachten; und den ideologischen Kampf entschieden als der Hauptkettenglied anzupacken.

In allen diesen Fragen zeigten sich im Verlauf der Lohnauseinandersetzungen in der Zelle Schrakc/Wertheim ernste Mängel.

b.
Der Subjektivismus ist ein wesentliches Hindernis bei der Entfaltung einer korrekten Politik.
Die Aufgabe, richtig in die beginnende Lohnauseinandersetzung einzugreifen, stellte sich der Zelle schon seit langem. Inm ersten Abschnitt waren es vor allem 2 Fragen, die beantwortet werden mußten: ist es nötig, möglich und günstig für eine innerbetriebliche Lohnerhöhung einzutreten und 2. unter welcher Forderung, mit welchem Ziel soll d r Kampf geführt werden.

Bei der Beantwortung der ersten Frage traten Mängel im Bezug auf die Enthüllungstätigkeit, aber auch Mängel im Bezug auf die Einschätzung und Darstellung der Bedeutung der innerbetrieblichen Lohnaussinandersetzung auf.

Um sich auf die Massen stützen zu können und sie anzuleiten, war es nötig, regelmäßig geei netes Material für die Untermauerung der Notwendigkeit und Berechtigung einer Lohnforderung zur Verfügung zu stellen, das umsomehr, als der Betriebsrat die Berechtigung aus der günstigen wirtschaftlichen Lage des Betriebs ableitete.

Wenig wurde in dieser Hinsicht unternommen. Am 3. N$_{o}$v. 1976 erst wurde ein Flugblatt verteilt, das weinige Zahlen über die Entwicklung des Preisindex enthielt und dabei blieb es.

Weiters war es nötig, der Haltung des BR die Frage einer Lohnerhöhung so betriebsborniert wie nur möglich zu stellen von Anfang an entgegenzutreten. Über einige mißglückte Versuche der Zelle, eine "Verbindung" zur Frage des KV herzustellen, kam das Auftreten nicht hinaus.

Im Bezug auf die Frage d r Forderung des Kampfzieles wurde viel Material dazu verwendet, um zu erläutern, warum eine Forderung linear und nicht prozentuell sein sollte - zu Anfang noch dazu völlig falsch - und erst im Oktob r wurde eine bestimmte Forderung S1000,-- genannt, und hier noch dazu nicht als Vorschlag gekennzeichnet, über den zu beraten galt, sondern als Ford rung deklariert. Das mußte sich ungünstig auswirken, denn die Frage der Höhe einer Forderung ist für die Herstellung der Einh it der Belegschaft zumindest genauso wichtig, wie dieFrage der Form. Das Pferd wurde vom Schwanz her aufgezäumt und die Anforderungen an die Zellenagitation nur ungenügend erfüllt.

Im zweiten Abschnitt der Auseinandersetzung war es unumgänglich, sorgfältig zu untersuchen, woran sich der Kampf entzündet hatte , festzustellen, welches Kampfziel sich die Belegschaft stellte und ob eine Veränderung in dieser Zielrichtung erforderlich und möglich wäre. Weiters war es nötig, sich gründlich Rechenschaft darüber abzulegen über die Bedeutung des Kampfs für die gesamte Arbeiterklasse und über die Verantwortung die die Zelle nicht allein auf den Betrieb bezogen zu tragen hatte. Schließlich war es nötig, Kontakt zu so vielen Kollegen wie nur möglich herzustellen und sich mit ihnen zu beraten - nicht nur mit Sympathisanten und regelmäßigen Kontakten und auch nicht nur mit Kollegen, die unsere Anschauungen zumindest teilweise teilen.

Liest man die Zellenflugblätter aus dieser Zeit, so gewinnt man den Eindruck, als wäre das Streikziel von Anfang an die Durchsetzung von 500,- bzw 5 % gewesen. Richtig war es zu versuchen, diese Forderung zum Gegenstand des Kampfes zu machen, falsch war es so zu tun, als ginge es schon die ganze Zeit darum.

Falsch war es weiters - und das hatte zweifellos Konsequenzen für die weitere Arbeit der Zelle - daß die Arbeitsweise nicht sofort auf di4sen Kampf eingestellt wurde, daß man z.B. weiterhin an wöchentlichen Zellensitzungen festhielt, und daß die Flugblätter zunächst im Wesentlichen von zwei Zellenmitgliedern verfaßt und nicht oder nur ungenügend mit den anderen Zellenmitgliedern beraten wurden. Falsch war es schließlich, sich nicht täglich mit möglichst vielen Kollegen zu beraten zu versuchen.

Alle diese Fehler, Fehler des Subjektivismus, Fehler im Arbeitsstil, die darin liegen, daß man sich nicht auf die Massen stützt, waren Fehler, die erst nach dem Ende des Streiks durch das ZK aufgedeckt werden mußten.

Die Konsequenz war, daß die Zelle nicht im erforderlichen Maß ihren Aufgaben nachkommen und die günstigen Bedingungen zur Hebung des Ansehens des KB im Betrieb und zur Verankerung nicht nützen konnte.

b.
Der Ökonomismus ist der entscheidende politische Fehler in der Arbeit der Zelle.

Es ist auffällig, daß die Zelle bei Wertheim von Anfang September bis jetzt ausschlie=ßlich zur Frage des Lohns beim Betrieb Stellung bezogen hat.Für sich genommen,wäre das noch nicht so schlimm,denn tatsächlich war die Lohnauseinandersetzung die entscheidende Frage in diesem Zeitraum.

Allerdings muß man jetzt feststellen,daß eine ganze Reihe von mit dem Lohn zusammenhängenden Problemen Gegenstand von Verhandlungen und Debatten waren und sind:Die Frauenlöhne,die Niedrigstlöhne und Gehälter,die Facharbeiterwerklöhne,die Frage eines 15.Monatsgehalts.Das sind zum Großteil Fragen,die im einzelnen Betrieb nur beschränkt lösbar sind und mit denen sich zum Teil die Notwendigkeit gesetzlicher Regelungen für die gesamte Arbeiterklasse verbindet.

So wäre es nötig gewesen,im Zusammenhang mit der Frage der Anhebung der Facharbeiterwerklöhne in Richtung auf die Akkordlöhne zur Frage des Verbots der Akkordarbeit Stellung zu nehmen ,weil dieses Verbot ein Hauptgrund ist,warum wir für eine solche Anhebung eintreten.So wäre es etwa weiters auch nötig gewesen, die Tatsache,daß jeder Arbeiter und Angestellte im Schnitt 21 Überstunden pro Monat macht,also durchschnittlich 9 Studen täglich arbeitet,zu nutzen zur Propagierung des Überstundenverbots.

Ganz richtig hat die Gründungskonferenz festgestellt:"Der Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten um die Bedingungen des Verkaufs ihrer Arbeitskraft drängt weiter zum Kampf der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse um allgemeine Regelungen dieser Bedingungen und damit zusammenhängender Lebens bedingungen,die in Gestalt von Gesetzen dem bürgerlichen Staat abgetrotzt werden müssen."Und weiters:"Das Rückgrat des Kampfes um die Gewerkschaften ist die Gewinnung der Arbeitermassen und der Gewerkschaften für das Arbeit erforderungsprogramm der Kommunisten."

Daß die Zelle die günstigen Anknüpfungspunkte zur Propagierung der Arbeiterschutzforderungen nicht genutzt hat - ganz zu schweigen von der Arbeit auf der Linie der demokratischen Forderungen - ist ein deutliches Zeichen für den Ökonomismus in der Politik der Zelle.

c.
Die ideologische Arbeit wurde von der Zelle extrem vernachlässigt.
Hanf in Hand mit den skizzierten ökonomistischen Abweichungen geht eine deutliche Vernachlässigung der ideologischen Arbeit, und diese Vernachlässigung ist selbst ein Bestandteil des Ökonomismus.

Wenn man einen Betriebsrat nicht antwortet, der in seiner Zeitung schreibt: "Nun ist es selbstverständlich nicht unanständig, nach Gewinn zu streben; er ist Kennzeichen eines funktionierenden Unternehmens. Das Kapital hat somit durchaus ein Recht auf Gewinn. Das gleiche Recht hat aber auch die Belegschaft; sie erwartet sich steigende Gehälter - was auch nicht unanständig ist ...:" , so ist das nur ein besonders deutlicher Ausdruck davon, daß die Haltung, jeder ideologischen Auseinandersetzung aus dem Weg zu gehen, tief verwurzelt ist.

Dies ist umso gefährlicher, als sich im Verlauf der Lohnauseinandersetzungen bei Wertheim heute praktisch und deutlich erkennbar die Konsequenz einer solchen Ideologie im Verzicht auf die ursprünglich geforderte allgemeine Lohnerhöhung niederschlägt.

4. Über die Arbeit der Ortsleitung

Vieles von dem, was über die Arbeit der Zelle gesagt wurde, gilt in gewisser Hinsicht auch für die Ortsleitung. Bei sorgfältiger Untersuchung der Zellenarbeit hätten schon vor längerer Zeit nicht nur einzelne aufgetauchte Mängel, sondern vor allem auch die ökonomistische Abweichung erkannt und bekämpft werden müssen. Erhebliche Verantwortung trifft hier insbesondere das für die Zelle verantwortliche Ortsleitungsmitglied.

Das völlige Ausfallen der Zelle in der zweiten Woche des Streiks war nur ein besonders extremer Ausdruck schon seit langem vorhandener Mängel. Aber auch dieses Ausfallen hätte verhindert werden können, wenn sofort die Ergebnisse der Beratung des ZK durch ein den erkrankten Leitungsverantwortlichen ersetzendes Mitglied der Ortsleitung mit der Zelle diskutiert worden wäre.

Auch für die Ortsleitung gilt, da- sie nicht im erforderlichen Ma- die Bedeutung des Kampfes bei Wertheim für die gesamte Arbeiterklasse erkannte und der damit verbunden Verantwortung, die sie trug, gerecht wurde.

H.W. i.A.d:OL, 10.1.1977

BERICHT ZUR LAGE IN DER CHILE-SOLIDARITÄTSBEWEGUNG

1.

In der österreichischen Solidaritätsbewegung mit dem Kampf des chilenischen Volkes gegen Imperialismus und einheimische Reaktion konnte der Einfluß von Revisionismus und Reformismus während der drei Jahre seit dem Putsch in Chile von den Kommunisten nicht entscheidend zurückgedrängt oder gebrochen werden. Reformismus und Revisionismus konnten ihre weitgehende Vorherrschaft über die Bewegung ideologisch wahren und daher die von ihnen verursachte organisatorische Spaltung aufrecht erhalten. Dies wurde ihnen bloß erleichtert durch das bisherige Ausbleiben des Beginns eines Neuaufschwungs des chilenischen Widerstandes. Keineswegs kann geschlossen werden, daß der heutige Zustand der Solidaritätsbewegung einer objektiven Notwendigkeit entspräche, die sich mechanisch aus diesem Ausbleiben des Beginns eines Neuaufschwunges in Chile "ergibt". Nach dem September 1973 war "die Lage der Reformisten und Revisionisten (...) objektiv für sie sehr ungünstig. Ihre einzige Perspektive bestand darin, die Solidaritätsbewegung unter ihre Kontrolle zu bekommen und politisch und organisatorisch zu spalten und abzuwürgen, um die davon für sie ausgehende Gefahr zu neutralisieren. Die Bedingungen für die Kommunisten waren objektiv sehr günstig. Um sie zu nützen, mußten vor allem ideologische Aufgaben erfüllt werden. Das bedeutete vor allem, eine richtige Einschätzung der Entwicklung in Chile unter den Massen zu verbreiten, die Lehren aus der chilenischen Revolution und dem Putsch zu verallgemeinern und gegen den Revisionismus und Reformismus zu wenden" (g.st., Bericht an die Leitung des KB Wien/RS 37, S.7) Diese ideologischen Aufgaben haben die Kommunisten von Anfang an nicht konsequent wahrgenommen. Insbesondere wurde eine fehlerhafte Einschätzung der Entwicklung in Chile verbreitet, die auf einer falschen Einschätzung des Charakters der chilenischen Revolution beruhte.

2.

Chile ist ein Land der 3. Welt, über das der Imperialismus, und dabei die westlichen Imperialisten mit der Supermacht USA an der Spitze, gestützt auf die chilenische Reaktion, herrscht.

Die Schlüsselstellen der chilenischen Industrie stehen unter Kontrolle der USA. US-Monopole besitzen 87% der Kupferproduktion des Landes, deren Anteil am Gesamtexportwert 1968 76% ausmachte. Die größten Unternehmen der anderen wichtigen Industriezweige unterliegen ebenso der Verfügung der Imperialisten, v.a. der USA. Die ausländischen Aktiva machen in so entscheidenden Branchen wie der Elektroindustrie 45%, in der Gummiindustrie 44%, in der chemischen Industrie 32% aus. wobei es sich jeweils um die größten Gesellschaften handelt, über die der Imperialismus entscheidenden Einfluß auf die gesamte Branche ausübt.

"Es gibt eine Großbourgeoisie, in starkem Maß abhängig und kontrolliert von ausländischem Kapital. Es gibt die Klasse der Grundbesitzer; beide direkter Feind des Kampfes der Volksmassen gegen den Imperialismus. Der Staatsapparat ist Werkzeug der Imperialisten, der Großbourgeoisie und des Großgrundbesitzes." ('Kommunismus und Klassenkampf', theor. Organ des KBW, 4/76, S.164)

Der Großgrundbesitz in seiner Gesamtheit hat nicht kapitalistischen Charakter. Die parasitäre Klasse der Grundbesitzer ist an der Abschöpfung einer möglichst hohen Grundrente interessiert. Dies führt dazu, daß im Land selbst nicht die notwendigen Lebensmittel produziert werden können. Die Existenz des Großgrundbesitzes bewirkt die verschiedenen Formen der Abhängigkeit der Bauern, die in ihrer Gesamtheit als vorwiegend feudale Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse bezeichnet werden müssen. Weiters beutet der Großgrundbesitz das Landproletariat aus, das zahlenmäßig weit kleiner als die Masse der armen Bauern ist. Die Klasse der feudalen und halbfeudalen Großgrundbesitzer hat kein Interesse an der Ausweitung und Verbesserung der Produktion und ist "Repräsentant der rückständigsten Produktionsverhältnisse in Chile" (KuK, S.165)

Die chilenische Revolution hat daher noch die Aufgabe,den Großgrundbesitz am Land zu zerschlagen,eine Landreform durch und zugunsten des ländlichen Halbproletariats und der Masse der armen Bauern,und die Befreiung von den Fesseln des Kredits und der Wucherausplünderung durchzuführen.
Ins Gewicht fällt ferner die große Zahl der Handwerksbetriebe mit bis zu 4 Beschäftigten(insgesamt 70.000 Betriebe mit 210.000 Beschäftigten;im Vergleich dazu ist die Zahl der Groß-Mittel-und Kleibetriebe zusammen [illegible] 6.100 mit 225.000 Beschäftigten),sowie die Masse der Kleinhändler.Dabei handelt es sich um die nationale Bourgeoisie im eigentlichen Sinn,die ständig durch die Konkurrenz von Imperialismus und Großbourgeoisie erdrückt zu werden droht.
"Die Klassen,die den Kampf gegen den Imperialismus führen können,sind demnach die Arbeiterklasse als konsequente Klasse,zusammen mit ihrer Abteilung auf dem Land,dem Landproletariat;das ländliche Halbproletariat sowie die kleinen Bauern;gewonnen werden kann die nationale Bourgeoisie. Um das Land von imperialistischer Abhängigkeit zu befreien,müssen der Staatsapparat zerschlagen und die Diktatur aller antiimperialistischer Klassen errichtet werden.Dieser Kampf richtet sich gegen den Imperialismus sowie die Großbourgeoisie und den Großgrundbesitz,die den Staatsapparat als Instrument zur Niederhaltung und Bekämpfung der Massen besitzen."(KuK,S.167)Ihrem Inhalt nach handelt es sich daher bei der chilenischen Revolution heute um die national-demokratische Etappe,wobei die Arbeiterklasse die gesamte unterdrückte Nation um sich sammeln und gewinnen kann,zum Zweck des Aufbaus einer antiimperialistischen Front unter ihrer Führung,die die Massen zum Sturz der Junta und der Beseitigung der Herrschaft des Imperialismus führt und die Freiheit und Unabhängigkeit der chilenischen Nation erkämpft.
Der Kampf der antiimperialistischen Klassen spülte 1970 die Unidad Popular an die Regierung.Sie hat "positive Anstrengungen für den Kampf des chilenischen Volkes zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und der staatlichen Souveränität gemacht ebenso wie für(..)die Förderung der Sache der gegen den Imperialismus gerichteten Einheit der Länder der 3.Welt.."(Tschou-En Lai,Peking Rundschau 38/1973)"In Antwort auf die Forderungen und Wünsche der breitesten Volksmassen,ergriff die UP-Regierung eine Reihe von Maßnahmen und führte eine Anzahl von Reformen durch,die darauf abzielten,Freiheit und nationale Unabhängigkeit zu stärken,sowie die unabhängige Entwicklung der Wirtschaft des Landes"(The Tragic events in Chile-Leitartikel aus 'Zeri i Popullit',in 'Albania today4/73;Beilage.Meine Übersetzung,a.g.)Diese Maßnahmen wurden unter dem Druck des Kampfs der Massen durchgeführt,deren Spielraum für die weitere Entfaltung des Klassenkampfs dadurch erweitert wurde.Während sich die revolutionäre Volksbewegung gegen US-Imperialismus,Großgrundbesitz und Großbourgeoisie in der Zeit der UP-Regierung [illegible] steigerte und gewaltige Ausmaße erreichte,mußten die Parteien der UP selbst,aufgrund ihrer ganzen Strategie,immer mehr kapitulieren und gegenüber den Massen eine Politik der Spaltung und Knebelung einschlagen.Unter der Fahne des 'demokratischen und friedlichen Weges zum Sozialismus' betrieb die UP die Zentralisation des Kapitals in den Händen des Staatsapparates."Hinausgelaufen wäre dies auf eine Umwandlung Chiles in ein staatsmonopolistisches System unter Führung der Bourgeoisie,das sich gegen die Vorherrschaft des US-Imperialismus stellt und kämpft sowie verstärkt die Wirtschaftsbeziehungen mit den Ländern der 3.Welt sucht und pflegt.Allerdings lauerte bereits der Sozialimperialismus,der mit seinem ersten Kredit keineswegs "Hilfe" beabsichtigte,sondern darauf setzte,die neugewonnene Unabhängigkeit vom US-Imperialismus zunichte zu machen zugunsten eines staatsmonopolistischen Regimes mit seinen Parteifreunden und Agenten an der Spitze."(KuK,S.168)Gegenüber den Volksmassen bewirkten einige wichtige staatliche Maßnahmen der UP-Regierung zunehmend eine Isolierung der Arbeiterklasse von den bäuerlichen Massen und der nationalen Bourgeoisie.

Vor allem die Revisionisten propagierten und betrieben deren Unterwerfung unter den Staatskapitalismus und trieben so Teile von ihnen in die Arme des US-Imperialismus und seiner chilemischen Verbündeten. Unmittelbar vor und einige Zeit nach dem Putsch konnte sich die Reaktion so auf eine schmale Massenbasis im Volk stützen.
Die vom Revisionismus betriebene Spaltung und Desorientierung der Arbeiterklasse und ihre Isolierung von anderen Teilen der Nation bot dem US-Imperialismus die Ansatzflächen, um verlorenes Terrain zurück zu gewinnen, den Militärputsch durchführen zu lassen, die revolutionäre antiimperialistische Massenbewegung niederzuwerfen, und seine Herrschaft über Chile wieder zu festigen.
Somit tragen die Revisionisten die Hauptschuld am Gelingen des Putsches in Chile, und hinter ihnen die Sozialimperialisten. Nicht bloß die falsche Orientierung der Massen auf die "friedlichen" M i t t e l des Kampfes und die "Reform " des Staatsapperates, sondern vor allem und darüber hinaus ihr Betrug über den I n h a l t der chilenischen Revolution und ihr nächstes strategisches Ziel machen das Verbrechen der Revisionisten aus; sowie die sich daraus ergebende, von ihnen betriebene Spaltung der chilenischen Nation.

3.
Diese Tatsachen haben die in den früheren KB's und KG's und heute im KB Österreichs organisierten Kommunisten in den drei Jahren seit dem Militärputsch zu keinem Zeitpunkt in ausreichender Weise im ideologischen und theoretischen Kampf gegen Revisionismus und Reformismus offensiv unter den Massen verbreitet. Unter dem Eindruck weitgehender "Übereinstimmung" innerhalb des chilenischen Widerstandes darüber, daß die nächste Etappe der Revolution, zur Zeit der UP-Regierung, die sozialistische Revolution sei, und unter dem ideologischen Druck der bürgerlichen Kräfte in der Solidaritätsbewegung und der Revisionisten, hatte die Arbeit der KB's und KG's in dieser Frage von Anfang an einen falschen Zungenschlag. Von Anfang an wurde implizit und explizit davon ausgegangen, daß Chile ein schwach entwickeltes kapitalistisches Land sei, in dem die sozialistische Revolution auf der Tagesordnung stehe. Folglich wurde der Blick der Massen nicht in erster Linie gegen den US-Imperialismus gerichtet, wurde nicht der Zusammenschluß der gesamten unterdrückten chilenischen Nation unter Führung der Abreiterklasse propagiert. Zu keinem Zeitpunkt konnte so mit aller erforderlicher Wucht der Hauptstoß gegen Reformismus und Revisionismus gelenkt werden. Der ideologische Kampf gegen diese Strömungen wurde mehr und mehr auf die Auseinandersetzung über die M i t t e l des Kampfes in Chile zurückgezerrt, und beschränkte sich auf die Notwendigkeit der Errichtung der revolutionären und bewaffneten Volksmacht, ohne klarzustellen, wer zum chilenischen Volk zählt. Nicht konnte grundsätzlich, auf der Ebene der sozialen Triebkräfte der chilenischen Revolution und ihres Zweckes, in die Offensive gegangen werden.
Dies ermöglichte den Revisionisten, nach dem Putsch über ein riesiges Betrugs-und Ablenkungsmanöver (Chiles Beziehungen zur VR-China z.B.) aus ihrer objektiv ungünstigen Lage heraus sogar selbst in die Offensive zu gehen.
Richtig wurde noch im Dezember 73 im Wiener 'Klassenkampf' festgestellt, daß es sich in Chile um einen "Kampf gegen Faschismus, Imperialismus und Reaktion" handle. "Den Kampf der Arbeiterklasse und der Volksmassen Chiles als Teil des internationalen Klassenkampfes zu sehen, die Solidarität in richtiger Weise mit dem politischen und ideologischen Klassenkampf hier zu verbinden, und den bei vielen noch vorhandenen reformistischen Illusionen entgegenzutreten - darin besteht die internationalistische Aufgabe der Kommunisten. Daß wir diese Aufgabe erfüllen, ist die unabdingbare Grundlage für den Aufbau einer bewußten und starken Solidaritätsbewegung. Ohne das hingegen hätte die Mobilisierung der antiimperialistischen Kräfte kein Ziel und keine Richtung, und würde sich in strohfeuerartigen moralischen Aufwallungen erschöpfen." (Stellungnahme der Leitung des KB Wien zur Gründung zweier Solidaritätskomitees in Wien; 'Klassenkampf', Dezember 73, S.27) So allgemein richtig diese Feststellungen waren, boten sie

dennoch keine ausreichende Grundlage über den Inhalt der Aufgaben der
Kommunisten in diesem ideologischen und politischen Klassenkampfes.Die
Übernahme bürgerlicher Positionen in der Chile-Solidarität zerrte
letztlich die Politik der Kommunisten selbst auf"strohfeuerartige Aufwal-
lungen"in dieser Frage zurück.
Zum 1.Jahrestag des Putsches wurde in Wien vom damaligen KB versucht,
gemachte Fehler zu überwinden,und eine breite Aktionseinheit anzustreben.
Dabei wurden bedeutende Fortschritte erzielt.(Ergebnisse der 1.o.DK des
KB Wien,S.78)Insgesamt gelang es aber trotz aller Anstengungen auch auf
praktisch-organisatorischem Gebiet nicht,die Solidaritätsbewegung auf
neuer Grundlage aufzubauen.Der Hauptgrund ist in der damaligen inhaltli-
chen Ausrichtung des Auftretens des KB zu suchen,die falsche Anschauun-
gen über den Charakter der chilenischen Revolution bestärken mußte.Die
wichtigsten Losungen,die der KB den Massen vorschlug,waren:"Für den Sturz
der Militärjunta!Gegen die Einmischung(!)des US-Imperialismus!"Damit wur-
de der Hauptstoß gegen die Junta gerichtet und nicht gegen den US-Imperia
lismus,der vielmehr als zusätzlicher,bloß erschwerender"Faktor"behandelt
wurde,der sich in ein selbstständiges Land "einmischt".Ferfestigt würde
diese Ausrichtung durch die Losung"Für den Sieg des Sozialismus",die der
KB über die Aktionseinheitslosungen hinaus propagierte.(Klassenkampf,
September 1974,S.1,25,26;Oktober 1974,S14)In allen Formulierungen des
Wiener KB zu dieser Frage aus jener Zeit findet sich der Gedanke,der
Hauptwiderspruch in Chile sei jener zwischen Bourgeoisie und Proletariat.
Das freche Geschrei der Revisionisten über die chinesische Außenpolitik
konnte der Wiener KB auf dieser theoretischen Grundlage keinesfalls kraft-
voll vom Tisch fegen und mit einer umfassenden Darlegung der Bedeu tung
der 3.Welt zum heutigen Zeitpunkt und der Enthüllung der Verbrechen der
Revisionisten in Chile beantworten.
Im Oktober 1974 beschloß der Wiener KB die Einrichtung einer Fraktion
zum Zweck des Aufbaus eines parteilosen Chilekomitees.Diese Initiative
sollte die Fortschritte,die im Kampf um die Aktionseinheit zum 1.Jahres-
tag des Putsches ezzielt worden waren,vorantreiben und in die Solidari-
tätsbewegung eine eigenständige,konsequente und organisierende Kraft tra-
gen.Dies war auf der Grundlage des Beschlusses des Wiener KB über die
Einrichtung einer Chile-Fraktion nicht möglich.Dort heißt es nämlich:
"In Anbetracht der Tatsache,-daß die chilenische Arbeiterklasse in ih-
rem Kampf um den Sozialismus durch den Militärputsch am 11.September
eine schwere Niederlage erlitten hat,sich aber neuerlich zum Kampf zu er-
heben und zu organisieren beginnt;-daß die Bedingungen dafür,daß sich
das chilenische Volk zum Kampf gegen die Junta zusammenschließt,sich
günstig entwickeln;-daß deshalb ein weiterer Aufschwung der Volkskämpfe
in Chile bevorsteht;und -Erfolge bei den Bemühungen nicht ausbleiben wer-
den,alle Kräfte des Volks auf ein gemeinsames Kampfprogramm zum Sturz der
Junta zusammenschließen und so an den Kampf um den Sieg des Sozialis-
mus heranzuführen(.....),beschließt die Leitung des KE Wien,Initiativen
zum Aufbau eines Chile-Unterstützungskomitees zu ergreifen.. "(RS 9 des
KB Wien,23.1o.74,S.29) Bemerkenswert an diesem Beschluß ist in er-
ster Linie,daß der Hauptfeind der unterdrückten chilenischen Nation,der
US-Imperialismus,mit keinem einzigen Wort erwähnt wurde.Weiters wird in
diesem Beschluß nochmals bekräftigt,daß der Kampf zum Sturz der Junta
als Kampf um den Sieg des Sozialismus geführt werden müsse.Weiters wur-
de in diesem Beschluß in unzulässiger Weise der Gedanke verbreitet,daß
ein rascher Aufschwung der Volkskämpfe in Chile bevorstünde.
Vergleicht man den Beschluß im RS 9 des KB mit der früher zitierten Erklä-
rung vom Dezember 73,so muß festgehalten werden,daß in der Erklärung noch
Richtiges unzureichend dargestellt wurde,während der Beschluß im RS 9 in
der Hauptsache eine falsche Stoßrichtung hat.
Auf Grundlage dieser falschen Stoßrichtung entfalteten die Fraktion im
Chilekomitee und der KB Wien selbst ihre weiteren Aktivitäten zu Chile.
Letztlich konnte so nicht mehr erreicht werden,als die vorhandene sponta-
ne Empörung und Solidarität der Massen zu Chile "Wiederzubeleben",statt
daß auf der Grundlage von Klarheit über den Charakter und Zweck der chi-
lenischen Revolution und die Hauptschuldigen am Gelingen des Putsches

die Bewegung neu aufgebaut wurde. Fortschritte in ideologischer, politischer und organisatorischer Hinsicht gegenüber Revisionismus und Reformismus und gegenüber US-Imperialismus und · österreichischer Bourgeoisie konnten auf dieser Grundlage aber nicht gefestigt oder ausgebaut werden; sie stellten sich daher nur z eitweise ein.
So verhielt es sich bei den Aktivitäten des Komitees und des Wiener KB im Frühjahr 75, als nach der großen Veranstaltung des Komitees (im Jänner im Gewerkschaftshaus), nicht offensiv vorangeschritten werden konnte. Als Fessel für die Aktivitäten der Kommunisten mußten oft die "wenig spektakulären Ereignisse in Chile" herhalten; tatsächlich bestand die Hauptfessel in der falschen Sichtweise der Kommunisten. Zwar geriet die Position der Reformisten und Revisionisten verstärkt ins Wanken, doch konnte sie im Zug der Vorbereitung und Durchführung der Chile-Demonstration in Wien im April 75 nicht gebrochen werden. Auch bei dieser Ausrichtung fand sich in den Aufrufen des Komi tees und des KB die fehlerhafte Stoßrichtung wie im Zug der Aktionseinheit im Herbst 74.
Diese Fehler, sowie gewisse Ansatzpunkte in der Entwicklung in Chile selbst ermöglichten den Revisionisten und der "Chile-Solidaritätsfront", ihre Spalterpolitik fortzusetzen. Nach dem Frühjahr 75 erlahmten die Aktivitäten des KB und des Komitees weitgehend, im Chilekomitee machten sich Demoralisierungs- und Zersetzungerscheinungen bemerkbar. Die Aktivitäten zum 2. Jahrestag des Putsches im September 75 spiegelten diese Entwicklung deutlich wieder. An der Demonstration beteiligten sich so wenig Menschen wie nie zuvor bei einer Chiledemonstration. "Die gestellten Aufgaben wurden (..) in dieser Zeit durch den KB-Wien und seine Massenorganisationen nicht erfüllt, vor allem die Aufgabe ... des offensiven, hartnäckigen ideologischen Kampfes praktisch gar nicht geschen. Dementsprechend begann auch die Arbeit der kommunistischen Fraktion im Chile-Komitee und das Chile-Komitee selbst zu stagnieren. In dieser Situation rückte der 2. Jahrestag des Putsches heran. Auch in dieser Zeit nahmen der KB und seine Massenorganisationen keine Einschätzung der Lage und Bedingungen der Solidaritätsbewegung vor, noch wurde eine solche Untersuchung und Einschätzung als überhaupt notwendig erkannt. Die Folge war die Fortsetzung der alten Fehler und eine Reihe neuer (Fehler).." (Bericht an die Leitung des KB Wien, 6.11.75) Allerdings wurde auch in diesem Bericht der grundlegende theoretische und ideologische Fehler nicht benannt, sondern im Gegenteil (gegenüber einer falschen und schädlichen Argumentation der VRA) wurde nochmals darauf beharrt, daß die chilenische Revolution nicht die neudemokratische Etappe zu durchlaufen habe. 1976 erschien überhaupt nur mehr ein längerer Artikel im Wiener 'Klassenkamp', der erneut falsche Ansichten verbreitete. Das einzige größere Auftreten des Komitees spielte sich während der Arena-Besetzung ab und hatte Reformismus und Revisionismus kaum etwas mehr entgegenzusetzen.
Daß 1975 und teilweise 1976 das spontane Interesse unter den Massen in Österreich an der Entwicklung in Chile vorhanden war, somit der Boden für eine ideologische Offensive der Kommunisten bestand, bewies die Veranstaltung mit Carmen Castillo im Mai 75 (1000 Teilnehmer) und im April 76 mit Vertretern des chilenischen Widerstandes (750 Teilnehmern). Nicht zulässig wäre es also, die Rückschläge in der Politik der Kommunisten in dieser Frage auf das schwindende Interesse der Massen an dieser Frage in dieser Zeit oder in erster Linie auf die Entwicklung in Chile zurückführen zu wollen. Die Hauptursache dafür lag vielmehr in den genannten theoretischen Fehlern, vor allem im Unverständnis des Hauptwiderspruches in Chile, und dem sich daraus ergebenden Unvermögen, eine hartnäckige und zähe Offensive gegen Reformismus und Revisionismus aufzubauen.

Scharf davon zu trennen ist die Tatsache,daß die unterdrückten Massen in Chile bisher den Einfluß von Revisionismus und Reformismus noch nicht entscheidend brechen konnten in ihrem Widerstand gegen US-Imperialismus und chilenische Reaktion,und die Einheit in diesem Kampf auf neuer Grundlage erst erkämpft werden muß.Diese Tatsachen hätten die Kommunisten, die Fraktion und das Komitee in den drei Jahren nach dem Putsch aber nicht entscheidend daran gehindert,richtig in die vorhandene,spontane Bewegung einzugreifen,sie ideologisch,politisch und organisatorisch zu festigen,die Verbrechen des Revisionismus weiter zu enthüllen und ihn weiter in die Defensive zu stoßen,und somit insgesamt die größtmögliche Klarheit über die Ziele der chilenischen Revolution zu schaffen,die breitestmögliche Einheit der Solidaritätsbewegung herzustellen und sie an den Klassenkampf in Österreich immer besser heranzuführen.
Reformismus und Revisionismus konnte es gelingen,die Bewegung in ein Jammertal umzulügen,ihre verbrecherische Propaganda für den chilenischen Reaktionär Frei zu betreiben,mit dem sie in Chile ein Bündnis anstreben, und insgesamt die Bewegung niederzubringen.Das Chile-Komitee verfügte im Herbst kaum mehr über nennenswerten Einfluß und bestand selbst aus 8 Personen,davon 4 Kommunisten.
Die heutige Situation in Chile,die Stellung und Bedeutung Chiles im Rahmen der Weltwidersprüche,und die Lage der Solidaritätsbewegung machen es für die Kommunisten notwendig,festzuhalten:

- Chile ist ein Land der 3.Welt,über das der Imperialismus,in erster Linie die Supermacht USA,herrscht,gestützt auf die einheimische Reaktion. Die chilenische Junta ist Werkzeug der USA und der von ihr abhängigen einheimischen Klassen der Großbourgeoisie und Großgrundbesitzer.
- -Das nächste Ziel der chilenischen Revolution ist die Beseitigung der Herrschaft von Imperialismus,Großbourgeoisie,und Großgrundbesitz.Dazu muß die Arbeiterklasse die ganze unterdrückte Nation um sich scharen, muß der Staatsapparat zerbrochen und die Dikatur der antiimperialistischen Klassen zum Zweck der Herstellung der Freiheit und Unabhängigkeit der Nation unter Führung der Arbeiterklasse errichtet werden.

In Chile hat der Kampf um die Einheit der Massen und den Aufbau einer antiimperialistischen Einheitsfront noch große Hindernisse vor sich;insbesondere den Einfluß von Reformismus und Revisionismus.Bisher konnte ein Neuaufschwung des Widerstandes noch nicht eingeleitet werden.
Daher ist Chile heute kein Brennpunkt der Kämpfe der Völker und Länder der 3.Welt gegen Kolonialismus,Imperialismus und Hegemonismus.
Die Festigung der Herrschaft des US-Imperialismus über Chile nach dem Putsch hat dem Sozialimperialismus seine direkten Einflußmöglichkeiten aus der Hand geschlagen,wodurch Chile heute kein Brennpunkt der Rivalität der beiden Supermächte ist.
Auch bei einer richtig durchgeführten Politik der Kommunisten zu Chile von 1973 bis 1976 schiene es heute zweckmäßig,das Chilekomitee auf richtiger Grundlage aufzulösen.Die Stellung des Chilekomitees in der Solidaritätsbewegung und die mangelnde Verankerung des Komitees lassen es heute nicht zweckmäßig erscheinen,die Fraktion im Komitee für eine befristete Zeit darauf auszurichten,auf neuer Grundlage die Arbeit im Komitee fortzuführen;vielmehr sollte sie auf die Herausgabe einer richtigen Auflösungserklärung hinwirken.Es wird Aufgabe des KB Österreichs sein,die erlittenen Rückschläge in der Chile-Solidaritätsbewegung von Grund auf auszumerzen.

a.g.,23.12.76